Anträge 30. Landesparteitag

Anträge an den 30. Landesparteitag der LINKEN Bremen

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
R 1 -1	Änderungsantrag zu R 1 Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271)	12

W - Wahlprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
W 28 -3	Änderungsantrag zu W 28 Tim Ruland (KV Mitte-Ost · Nr. 359)	4
W 56	Reihenfolge Kapitel Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	4
W 19-2 -3	Änderungsantrag zu W 19-2 Christian Gloede (KV Nord-West · Nr. 709)	5
W 55 -1	Änderungsantrag zu W 55 Christoph Höhl (KV Nord-West · Nr. 207)	6
W 2-2 -17	Änderungsantrag zu W 2-2 Christoph Höhl (KV Nord-West · Nr. 207)	7
W 7 -3	Änderungsantrag zu W 7 Christoph Höhl (KV Nord-West · Nr. 207)	7
W 1-2 -5	Änderungsantrag zu W 1-2 Umwelt AG	8
W 1-2 -4	Änderungsantrag zu W 1-2 Umwelt AG	9
W 9 -10	Änderungsantrag zu W 9 Johannes Bock (KV Links derWeser · Nr. 451)	9
W 12-3 -2	Änderungsantrag zu W 12-3 Kristina Vogt (KV Nord-West · Nr. 217)	10
W 12-3 -1	Änderungsantrag zu W 12-3 Kristina Vogt (KV Nord-West · Nr. 217)	11
W 3-1 -11	Amendment to W 3-1 Felix Pithan (KV Links derWeser · Nr. 455)	12
W 1-1 -9	Änderungsantrag zu W 1-1 Christian Gloede (KV Nord-West · Nr. 709)	13
W 16-1 -1	Änderungsantrag zu W 16-1 Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)	15
W 28 -2	Änderungsantrag zu W 28 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	16
W 22 -1	Änderungsantrag zu W 22 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	17
W 19-2 -2	Änderungsantrag zu W 19-2 Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)	18
W 19-2 -1	Änderungsantrag zu W 19-2 Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)	18
W 30 -2	Änderungsantrag zu W 30 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	19
W 30 -1	Änderungsantrag zu W 30 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	20
W 20-2 -4	Änderungsantrag zu W 20-2 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	20

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
W 17 -1	Änderungsantrag zu W 17 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	21
W 14 -3	Änderungsantrag zu W 14 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	21
W 11 -2	Änderungsantrag zu W 11 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	22
W 9 -9	Änderungsantrag zu W 9 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	22
W 9 -8	Änderungsantrag zu W 9 Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)	23
W 13-1 -1	Änderungsantrag zu W 13-1 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	24
W 16-2 -3	Änderungsantrag zu W 16-2 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	24
W 14 -2	Änderungsantrag zu W 14 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	25
W 14 -1	Änderungsantrag zu W 14 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	26
W 13-2 -2	Änderungsantrag zu W 13-2 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	26
W 13-2 -1	Änderungsantrag zu W 13-2 Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)	27
W 33 -1	Änderungsantrag zu W 33 Günter Matthiessen (KV Bremerhaven · Nr. 173)	27
W 5-3 -4	Änderungsantrag zu W 5-3 Günter Matthiessen (KV Bremerhaven · Nr. 173)	31
W 5-3 -3	Änderungsantrag zu W 5-3 Günter Matthiessen (KV Bremerhaven · Nr. 173)	32
W 6-1 -11	Änderungsantrag zu W 6-1 Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)	32
W 6-1 -10	Änderungsantrag zu W 6-1 Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)	33
W 6-1 -8	Änderungsantrag zu W 6-1 Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)	34
W 6-1 -9	Änderungsantrag zu W 6-1 Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)	35
W 2-3 -13	Änderungsantrag zu W 2-3 Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310) *angenommen*	35

Antrag W 28 -3: Änderungsantrag zu W 28

Laufende Nummer: 539 • Änderungsantrag zu W 28

Antragsteller/in:	Tim Ruland (KV Mitte-Ost · Nr. 359)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 48 - 49

Wir halten an der Forderung fest, dass **alle Stadtteile ein eigenes Ortsamt** erhalten und diese mit ausreichendem Personal ausgestattet werden. Die **Wahlzeit der Leitungen dieser Ortsämter** soll von zehn auf acht Jahre reduziert werden, weil die derzeitige Amtsdauer aus unserer Sicht ~~viel~~ zu hoch ist.

Begründung

Aus meiner Sicht sinnvoll zu erwähnen, wie lange die Amtsdauer derzeit ist. "Viel" zu hoch finde ich übertrieben formuliert. Man könnte noch gerne begründen, warum 10 Jahre zu hoch sind und 8 besser.

Antrag W 56: Reihenfolge Kapitel

Laufende Nummer: 537

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Kapitel des Wahlprogramms werden in der folgenden Reihenfolge angeordnet:

1. Vorwort
2. Soziales
3. Klimaschutz
4. Wohnen
5. Sozial-ökologische Stadtentwicklung
6. Verkehrswende
7. Gesundheit
8. Haushalt und Finanzen
9. Rekommunalisierung und Eigentumspolitik

10. Verwaltung und Personal
11. Wirtschaft
12. Arbeit
13. Ausbildung
14. Häfen und maritime Wirtschaft
15. Umweltschutz
16. Frauen und Gleichstellung
17. Queer
18. Inklusion – Behindertenpolitik
19. Kita/Kinder und Familien
20. Jugendliche
21. Bildung - Schule
22. Hochschule und Wissenschaft
23. Senior*innen
24. Flucht und Zuwanderung
25. Partizipation und Antirassismus
26. Sport
27. Kultur und Medien
28. Netzpolitik und Digitalisierung
29. Bürgerbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik
30. Nord
31. Bremerhaven
32. Drogenpolitik
33. Recht und Justiz
34. Inneres
35. Frieden und Internationales
36. Tierschutz
37. Verbraucher*innenschutz, Konsum und Lebensweise

Begründung

Die Reihenfolge im Antragsheft ist noch ein wenig zufällig. Mit dieser Anordnung setzen wir Schwerpunktthemen wie Soziales und Klimaschutz an den Anfang und Themen mit inhaltlichen Überschneidungen jeweils in unmittelbare Nähe zueinander.

Antrag W 19-2 -3: Änderungsantrag zu W 19-2

Laufende Nummer: 538 • Änderungsantrag zu W 19-2

Antragsteller/in:	Christian Gloede (KV Nord-West · Nr. 709)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 97

Die Lehrkräfte sensibilisieren wir für Diskriminierung im Schulalltag. Über Fortbildungen geben wir ihnen das Handwerkszeug an die Hand, um zum Schutz der Opfer intervenieren zu können und die genannten Themengebiete im Unterricht aufgreifen zu können. Ein wichtiger Kooperationspartner hierzu sind die Antidiskriminierungsstellen an den ReBUZ, die auf unsere Initiative hin in der aktuellen Legislaturperiode aufgebaut wurden. Wir unterstützen Netzwerke zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die sich um einen diskriminierungsfreien Schulalltag bemühen. Das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule für Courage“ ist dabei ein wesentlicher und erfolgreicher Akteur. Innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung muss es mit zusätzlichen Personalmitteln abgesichert werden. Es muss mit Leben gefüllt werden und darf nicht weiter zu einem Etikett verkommen.

Begründung

Ein ergänzender Hinweis zur notwendigen Weiterentwicklung des Projekts ist m.E. sinnvoller als eine simple Streichung.

Antrag W 55 -1: Änderungsantrag zu W 55

Laufende Nummer: 536 • Änderungsantrag zu W 55

Antragsteller/in:	Christoph Höhl (KV Nord-West · Nr. 207)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 12

Die Redaktionsgruppe gibt die nötigen Änderungen rechtzeitig vor Drucklegung dem LaVo zur Kenntnis.

Begründung

Klarstellung des Gemeinten.

Antrag W 2-2 -17: Änderungsantrag zu W 2-2

Laufende Nummer: 535 • Änderungsantrag zu W 2-2

Antragsteller/in:	Christoph Höhl (KV Nord-West · Nr. 207)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 22 - 23

Zwangsumzüge durch Kostensenkungsverfahren müssen ausgeschlossen werden. Aber auch das Wohngeld muss angepasst und schneller ausgezahlt werden, ansonsten erzeugen wir unverantwortbare Belastungen bei Wohngeldbezieher*innen und Anspruchsberechtigte.

Dafür muss die Zahl der Beschäftigten in der Wohngeldstelle kurzfristig ~~verdoppelt~~ verdreifacht werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine weitere Erhöhung der Einkommensgrenzen beim Zugang zu Wohngeld ein, da durch die Preissteigerungen jetzt auch Menschen mit einem Einkommen, mit dem sie gerade nicht mehr wohngeldberechtigt sind, an die Grenzen des Leistbaren kommen. Nur ein geringer Teil derer, die Anspruch auf Wohngeld hätten, nehmen ihn auch wahr: Weil die Wartezeiten auf einen Bescheid endlos sind, das Antragsverfahren kompliziert. Das wollen wir ändern: Mit einer besseren Eingangsberatung für alle, auch dezentral in den Quartieren!

Begründung

Anpassung an aktuelle Planung.

Antrag W 7 -3: Änderungsantrag zu W 7

Laufende Nummer: 534 • Änderungsantrag zu W 7

Antragsteller/in:	Christoph Höhl (KV Nord-West · Nr. 207)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 22

Außerdem braucht es Toleranzflächen und feste Ausruh-~~Räume~~ und Konsumräume, wo sich die
Drogenkonsument*innen aufhalten können. Auch der ~~neu~~bereits geschaffene mobile Drogenkonsumraum
in der Friedrich-Rauers-Straße ist
hierfür wichtig. Die Verdrängungspolitik am Bahnhof ohne gleichzeitige Schaffung von
Ausweichflächen führt nur zu einer Verlagerung der Szene und dazu, dass sie für die
bestehenden Hilfsangebote und -Strukturen schwerer erreichbar sind. Deshalb setzen
wir auf einen ganzheitlicheren Ansatz, der nicht dem Motto folgt “aus den Augen aus
~~dem Sinn”~~ dem Sinn”. Die wichtige Arbeit der Drogenhilfe muss weiter ausgebaut werden,
insbesondere auch zur fremdsprachlichen Ansprache. Die Substitutionsangebote müssen
bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Begründung

Konkretisierung

Antrag W 1-2 -5: Änderungsantrag zu W 1-2

Laufende Nummer: 533 • Änderungsantrag zu W 1-2

Antragsteller/in:	Umwelt AG
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 18 - 19

Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven bis 2038 klimaneutral werden. Die von der
Klima-Enquetekommission erarbeiteten Ziele und Empfehlungen wollen wir umsetzen. Das
ist auch notwendig, um Industrie und Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftsfähig zu
gestalten. Dazu gehören Investitionen in die Transformation der Produktion,
insbesondere die Wasserstoffstrategie; eine Landeswärmestrategie; ein deutlich
schnellerer Ausbau von Windkraft und Solarenergie; energetische Gebäudesanierung im
Bestand; die Verkehrswende hin zu Bus, Bahn und Rad. Die erforderlichen öffentlichen
Mittel wollen wir auch über 2027 hinaus durch einen Klimafonds aufbringen, für den ~~(wie bei Corona) die~~
die
Ausnahmeregel von der Schuldenbremse gezogen wird - und dabei insbesondere auf
Maßnahmen zum sozialen Ausgleich achten. Damit die beiden Stadtgemeinden, unabhängig
von der Klima-Notlage, wieder kommunale Investitionen in Schul- und Kitabau und

andere Infrastrukturprojekte tätigen können, wollen wir die Landesverfassung so ändern, dass die Stadtgemeinden wieder kommunale Kredite aufnehmen können.

Begründung

Der Satz war nicht mehr aktuell.

Antrag W 1-2 -4: Änderungsantrag zu W 1-2

Laufende Nummer: 532 • Änderungsantrag zu W 1-2

Antragsteller/in:	Umwelt AG
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 5

Das fängt mit entschlossenen Maßnahmen gegen die Energiepreiskrise an. Wir wollen einen Gaspreisdeckel für Bremen und Bremerhaven, der eine bezahlbare Grundversorgung mit Energie für alle Haushalte sichert. Das geht durch Landesgesetz oder durch ~~Vertrag mit der swb~~ Verträge mit den Bremer Energieversorgern und erfordert eine Ausgleichszahlung des Landes. Produzierenden Kleinunternehmen mit hohem Energieaufwand wollen wir mit Zuschüssen helfen, damit sie die Krise überstehen. Das Personal in der Wohngeldstelle wollen wir dauerhaft mindestens verdoppeln und eine Beratung bei Antragsabgabe einführen, damit das Geld auch zügig bei denen ankommt, die es brauchen.

Begründung

Es gibt noch mehr als nur die swb.

Antrag W 9 -10: Änderungsantrag zu W 9

Laufende Nummer: 531 • Änderungsantrag zu W 9

Antragsteller/in:	Johannes Bock (KV Links derWeser · Nr. 451)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 156 - 160

~~Dafür hat das Land Bremen bis heute kein angemessenes Konzept. Wir wollen eine unabhängige Kommission beauftragen, ein solches Konzept zu erarbeiten und die Schaffung einer Stiftung bremischer Gedenkstätten zu prüfen. Diese sollte sich aus Expert:innen und Personen zusammensetzen, die pluralen Erinnerungskulturen gestalten können.~~

Dafür hat das Land Bremen bis heute kein angemessenes Konzept. Wir wollen eine unabhängige Kommission beauftragen, ein solches Konzept zu erarbeiten und die Schaffung einer Stiftung bremischer Gedenkstätten zu prüfen. Diese sollte sich aus Expert:innen und Personen zusammensetzen, die pluralen Erinnerungskulturen gestalten können.

Wir wollen eine „Stiftung bremische Gedenkstätten“ nach dem Vorbild anderer Bundesländer gründen und diese mit der konzeptuellen Weiterentwicklung des Gedenkens an den Nationalsozialismus beauftragen. Bei dieser Stiftung soll die Verantwortung für den Denkort Bunker Valentin sowie die Betreuung weiterer Erinnerungsorte gebündelt werden, darüber hinaus soll sie eine aktive Rolle in der Vermittlung des Wissens über die NS-Zeit übernehmen. Die neue Stiftung muss von Anfang an mit ausreichend Personal und Sachmitteln ausgestatte werden

Begründung

Im Land Bremen fehlt eine zentrale Stelle, an der die Gedenkstättenarbeit koordiniert und neue Konzepte entwickelt werden, andere Bundesländer sind hier deutlich weiter. Eine Stiftung Gedenkstätten, sofern sie angemessen ausgestattet wird, würde diese Lücke schließen.

Antrag W 12-3 -2: Änderungsantrag zu W 12-3

Laufende Nummer: 530 • Änderungsantrag zu W 12-3

Antragsteller/in:	Kristina Vogt (KV Nord-West · Nr. 217)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 87

Wir werden die durch die Pandemie stark geforderte Messe in Bremen weiter stärken, um den Messestandort Bremen in der begonnenen Richtung weiterzuentwickeln. Wir wollen das Messe- und Kongresswesens durch Ertüchtigung der Veranstaltungsinfrastruktur (ÖVB-Arena, ~~Glocke)~~Glocke, CCB (Congress Centrum Bremen)) in die Lage versetzen

wettbewerbsfähig zu bleiben.

Begründung

Der Mietvertrag der m3b mit dem CCB läuft aus. Das bietet die Chance das CCB neu aufzustellen und der m3b endlich ein eigenes Veranstaltungsmanagment im Congress Centrum zu ermöglichen. Private wie berufliche Veranstaltungsbesucher*innen bilden das größte touristische Potential ab, im Sinne der Umwegerentabilität sind moderne Veranstaltungsorte besseres Marketing als jede Marketingkampagne.

Antrag W 12-3 -1: Änderungsantrag zu W 12-3

Laufende Nummer: 529 • Änderungsantrag zu W 12-3

Antragsteller/in:	Kristina Vogt (KV Nord-West · Nr. 217)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 63

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik braucht Ansiedlungen und Betriebserweiterungen. Industrie, Handwerk, Dienstleistung müssen auch weiterhin Raum dafür in Bremen und Bremerhaven finden. Nachverdichtung schafft mehr Möglichkeiten auf begrenztem Raum. Wir wollen Gewerbeimmobilien weiterhin nach ökologischen Kriterien erschließen und nach den Konzepten der produktiven Stadt für eine gute Durchmischung von Gewerbe, Wohnen, sowie sozialer und kultureller Nutzung sorgen. Grundstücke wollen wir konsequent in Erbpacht vergeben, damit das Land auch in späteren Jahren noch die Hand auf den kostbaren Flächen hat und für eine effiziente Nutzung sorgen kann. Um ein intelligentes und nachhaltiges Flächenmanagement, die Entwicklung von modernen Modellprojekten und Orten der produktiven Stadt sicherzustellen braucht die Wirtschaftsförderung Bremen eine erweiterte agile Umsetzungsstruktur.

Begründung

Für eine komplexe, moderne und nachhaltige Gewerbegebietsentwicklung, wie sie bereits seit 2021 im Konzept „zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte“ sowie im GEP 2030 angelegt ist, benötigt die WFB eine dafür vorgesehene Umsetzungsstruktur, die flexibel handeln kann. Gute Erfahrung mit agilen Strukturen hat die WFB bereits bei der Umsetzung des Aktionsprogramms und des Zukunftsfonds Innenstadt gemacht.

Antrag R 1 -1: Änderungsantrag zu R 1

Laufende Nummer: 528 • Änderungsantrag zu R 1

Antragsteller/in:	Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 8

- Behandlung des Änderungsantrags W31-3, das Kapitel "Frieden und Internationales" an die erste Stelle des Wahlprogramms zu setzen (nach dem Vorwort).

Begründung

Angesichts des Ukraine-Kriegs und seiner Eskalationsmöglichkeiten muss dieses Thema vorrangig benannt und behandelt werden, selbst wenn direkte Einflussnahmen durch Bremen begrenzt sind. Eine Behandlung als 31. Kapitel von insgesamt 36 wäre völlig unangemessen.

Wenn es bei der Reihenfolge bliebe, würde der Änderungsantrag W31-3 fast am Ende eines zweitägigen Landesparteitags behandelt werden, was ebenfalls unangemessen wäre.

Falls erforderlich kann das Vorwort im Wahlprogramm genutzt werden eine Begründung zu liefern, warum das Wahlprogramm mit einem internationalen Thema beginnt.

Antrag W 3-1 -11: Amendment to W 3-1

Laufende Nummer: 527 • Änderungsantrag zu W 3-1

Antragsteller/in:	Felix Pithan (KV Links derWeser · Nr. 455)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 77

Bremen ist mit seiner Wasserstoffstrategie auf dem richtigen Weg. Allerdings müssen Windparks auf See unter Bremer Beteiligung schnellstmöglich realisiert werden und die
nötigen Stromtrassen ausgebaut werden. Die Flächen der ehemaligen Bremer Kohlekraftwerke werden für die Herstellung, Lagerung und Verteilung von Wasserstoff benötigt, auch um die Versiegelung weiterer Flächen zu vermeiden. Bremen muss auf

Bundesebene den Druck für die Förderung und die weitere Erforschung von grünem Wasserstoff erhöhen. Beim Ankauf von grünem Wasserstoff aus anderen Ländern müssen dringend soziale und ökologische Standards eingehalten werden. ~~Wir wollen Wasserstoff nicht nur für die Energieversorgung der Industrie, sondern auch für den Betrieb von Bussen im ÖPNV nutzen und dafür die Entwicklung von Bussen mit Wasserstoffantrieb fördern.~~

Begründung

Ob, in welchem Ausmaß und an welchen Stellen Wasserstoff ein sinnvoller Energieträger für Verkehrsmittel ist, ist umstritten - auch, weil sehr große Mengen Wasserstoff in der Industrie benötigt werden, in Bremen etwa für ein CO2-neutrales Stahlwerk. An vielen Stellen ist ein Ausbau existierender Technologie sinnvoller: z.B. Bahnstrecken elektrifizieren und Güter auf die Schiene. Wir müssen uns im Bürgerschaftswahlprogramm nicht auf einzelne andere Zwecke (ob Busse oder Züge) festlegen, für die wir evtl. noch Wasserstoff nutzen wollen.

Antrag W 1-1 -9: Änderungsantrag zu W 1-1

Laufende Nummer: 526 • Änderungsantrag zu W 1-1

Antragsteller/in:	Christian Gloede (KV Nord-West · Nr. 709)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 16 - 19

Die Zeiten ändern sich schnell. Es scheint, als würde auf eine Krise die nächste folgen. Die Corona-Pandemie hat nicht nur schlimme gesundheitliche Folgen gehabt. Sie hat auch Jobs gekostet, Einkommen, Lebensperspektiven. Die Krise der Energiepreise hat bereits 2021 begonnen, sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine enorm zugespitzt, und kommt seit Sommer 2022 immer stärker bei den Verbraucher*innen an. Die Globalisierung hat sich verlangsamt und wird sich verändern, mit ungewissen Folgen für unser Wirtschaftsmodell, für Preise, Löhne und Arbeitsplätze. Und wir alle wissen: Die unvermeidliche Einstellung auf die Klimakrise, der notwendige Umbau von Wirtschaften und Leben, wird nicht nur viel Geld kosten. Sie wird auch viele vor große persönliche Herausforderungen stellen.

Bremen und Bremerhaven sind besser als andere durch die Corona-Krise gekommen. Das hat auch damit zu tun, dass die LINKE an der Landesregierung beteiligt ~~war und dass~~

ist und dass
zwei linke Senatorinnen für entscheidende Bereiche zuständig ~~waren: Kristina Vogt für~~
sind: Kristina Vogt für
Wirtschaft Arbeit und Europa, und Claudia Bernhard für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. In keinem anderen Bundesland wurde so viel geimpft und die Gesundheitsvorsorge so nahe in die Stadtteile getragen. In keinem anderen Bundesland wurde so viel für gefährdete Branchen wie die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft oder die Gastronomie getan. Das Land Bremen hat es geschafft, einerseits die Zahl der Todesfälle und schweren Erkrankungen niedrig zu halten, und andererseits starke Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Die Abwägung war nicht immer leicht, aber sie war erfolgreich.

Die Regierungskoalition unter Einschluss der LINKEN war 2019 angetreten, die langen Jahre des Sparkurses und der Stagnation zu beenden, wieder mehr politische Gestaltung zu wagen, und Bremen und Bremerhaven auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt waren dabei unser Kernanliegen als LINKE.

Die Bilanz der neuen Koalition kann sich durchaus sehen lassen. Der Landesmindestlohn wurde erhöht und fest an die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes gekoppelt. Der Preis für das Stadtticket, mit dem alle im Sozialleistungsbezug günstiger ÖPNV fahren können, wurde von fast 40 Euro auf 25 Euro gesenkt, und für Kinder und Jugendliche ganz kostenlos gemacht. Es gibt einen Härtefallfonds für Haushalte, die von Strom-, Gas- oder Wassersperren bedroht sind, eine zentrale Antidiskriminierungsstelle, eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei, einen beaufsichtigten Drogenkonsumraum, damit weniger Drogenabhängige sterben. Ein neues Handlungsfeld Klimaschutz finanziert ressortübergreifend Maßnahmen zur CO2-Reduzierung. Die Dekarbonisierung der Stahlwerke beginnt und wird vom Land massiv finanziell unterstützt. Ausbildungsplätze werden verstärkt gefördert und unterstützt.
Der Umgang mit Cannabis für den Eigenbedarf wird großzügiger gehandhabt. Kulturprojekte wie das Irgendwo oder Güterbahnhof wurden vor der Verdrängung geschützt. Um auf die Corona-Krise reagieren zu können, wurde ein 1,2 Milliarden Euro schwerer Hilfsfonds eingerichtet, aus dem auch langfristige Investitionen in den wirtschaftlichen Neustart finanziert wurden. Dass darin auch ein eigenes Programm zur Stärkung der Krankenhäuser und des öffentlichen Gesundheitswesens Platz fand, geht auf das Konto der LINKEN. Wir können Krise, das haben wir bewiesen. Aber wir treiben auch langfristige Weichenstellungen voran.

Viele wünschen sich, dass die LINKE in Bremen weiter an der Landesregierung beteiligt

bleibt und dass ihre Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard weitermachen. Wir sind dazu bereit, wenn SPD und Grüne ebenfalls bereit sind und sich mit uns dafür
einsetzen wollen, dass Bremen und Bremerhaven weiter auf sozialem Kurs bleiben.

Das wird nicht einfach. Weitermachen genügt nicht. Wir brauchen eine entschlossene, aktive Landespolitik, um endlich bei den strukturellen Problemen des Bundeslandes weiterzukommen, und um in unsicheren Zeiten dafür zu sorgen, dass soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen

Begründung

Wir sind in der Landesregierung und Kristina und Claude sind Senatorinnen.

Antrag W 16-1 -1: Änderungsantrag zu W 16-1

Laufende Nummer: 525 • Änderungsantrag zu W 16-1

Antragsteller/in:	Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 9

~~Die Corona-Pandemie hat für viele Menschen, die Reproduktions- bzw. Sorgearbeit leisten, zu massiven Doppelbelastungen geführt. Bei der Kinderbetreuung tragen nicht nur Alleinerziehende, welche zu über 90% Frauen sind, diese Last, sondern auch in Zwei-Eltern-Familien wird diese Last vor allem von Frauen getragen. Die Pandemie hat viele Errungenschaften der Gleichstellung umgekehrt, also dazu beigetragen, dass Frauen vermehrt für unentgeltliche Arbeit im Bereich der Reproduktions- und Sorgearbeit zuständig sind.~~

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekommen, wie sie ihre Lebenszeit verbringen. Das Eintreten für die Verfügung über Zeit ist unsere Antwort auf Unterdrückung, Herrschaft über Arbeit und Verfügung über andere.

Für die Befreiung Aller muss Geschlechtergerechtigkeit überall stattfinden. Feministische Politik zielt jedoch nicht nur auf Gleichstellung in einzelnen Bereichen und Aspekten ab, sondern auf die Auflösung der Machtstrukturen, die Frauen gleiche Teilhabe und eine freie Wahl von Lebensentwürfen verwehren. Dazu gehört ebenso die Erkenntnis, dass rassifizierte, behinderte oder arme Frauen und queere Menschen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind.

Die Corona-Pandemie hat für viele Menschen, die Reproduktions- bzw. Sorgearbeit leisten, zu massiven Doppelbelastungen geführt. Bei der Kinderbetreuung tragen nicht nur Alleinerziehende, welche zu über 90% Frauen sind, diese Last, sondern auch in Zwei-Eltern-Familien wird diese Last vor allem von Frauen getragen. Das hat viele Errungenschaften der Gleichstellung umgekehrt, also dazu beigetragen, dass Frauen vermehrt für unentgeltliche Arbeit im Bereich der Reproduktions- und Sorgearbeit zuständig sind.

Begründung

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Geschlechterungerechtigkeit reicht als Einstieg in das Kapitel nicht aus, weswegen es um eine allgemeinere Einordnung von Feminismus und was das für unser Leben heißt ergänzt wurde.

Antrag W 28 -2: Änderungsantrag zu W 28

Laufende Nummer: 524 • Änderungsantrag zu W 28

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 60

Während der Corona-Pandemie konnten oftmals keine Präsenz-Sitzungen der Beiräte stattfinden. Die Tagungen wurden online über Video-Konferenzen durchgeführt. Um die Öffentlichkeit trotzdem zu beteiligen, wurden diese Gremium-Sitzungen in die Sozialen Medien gestreamt - mit großem Erfolg. Die Beiräte sollten auch nach der Pandemie die Möglichkeit erhalten, ihre dann wieder in Präsenz durchzuführenden **Sitzungen zu streamen.** Die Ortsämter müssen rechtlich, technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, die Online-Übertragungen selbst vorzunehmen.

Stärkung der Freiwilligenarbeit im Land Bremen

Rund 240.000 Freiwillige ab 14 Jahren engagieren sich im Land Bremen, bringen kritische ihre Stimme ein, gestalten das kulturelle, politische, sportliche Treiben, setzen sich für Andere aktiv ein und machen das Leben an der Weser insgesamt lebenswerter. Dieses Engagement schätzen wir, wenn es unabhängig und klar abgegrenzt von Erwerbsarbeit vollzogen wird. Eine aufrichtige Wertschätzung der freiwilligen Arbeit zeigt sich aber auch durch gute Rahmenbedingungen, wie es im Prozess der Bremer Engagementstrategie bereits deutlich wird: So muss durch entsprechende Förderung von Projekten und Institutionen sichergestellt sein, dass Freiwillige hauptamtliche Ansprechpartner*innen vorfinden. Das Förderwesen muss

vereinfacht werden, um Vereine von Bürokratie zu entlasten und Förderzeiträume müssen über ein Jahr hinaus ermöglicht werden, um Planungssicherheit in den ohnehin oft prekär finanzierten sozialen Einrichtungen zu gewährleisten. Zudem braucht es eine Unterstützung von kleinen Organisationen und Räume, die zur Verfügung stehen. Daher unterstützen wir die Idee, eines „Engagement-Hub“ oder „Engagement-Haus“ für Freiwillige in und Freiwilligenorganisationen in Bremen mit Beratungs- und Qualifizierungsangebote, Möglichkeiten zum Know-How-Transfer und gemeinsam genutzter Fläche und Technik

Begründung

Politisches, soziales und sonstiges Engagement ist ein Treiber gesellschaftlicher Entwicklung. Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit durch Strukturen, die Ehrenamt zum Beitrag zu Gestaltung der Gesellschaft und nicht zur Ausbeutung als unbezahlte Arbeit machen, ist daher zentral.

Antrag W 22 -1: Änderungsantrag zu W 22

Laufende Nummer: 523 • Änderungsantrag zu W 22

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 41

Außerdem müssen die Mittel für die Jugendbeiräte in den Stadtteilen abgesichert und erhöht werden. Zudem wollen wir die Einführung eines Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes nach dem Vorbild Berlins prüfen. Hierbei insbesondere die Aufnahme von einem Anspruch auf Sonderurlaub für ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätige Personen, die Einführung eines Landesjugendförderplans, welche die Fachplanung und -steuerung der Angebote der Jugendarbeit erleichtern sollen und die Verpflichtung der Ortsämter, rechtzeitig erforderliche Standorte und Freiflächen für Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen.

Ca. 800-1000 junge Menschen engagieren sich jährlich im Rahmen eines freien, sozialen, kulturellen, ökologischen oder politischen Jahres (FSJ/FKJ/FÖJ/FPJ) oder eines Bundesfreiwilligendienstes und erwerben dabei wichtige Kompetenzen für ihre persönliche und berufliche Weiterentwicklung. Wir sprechen uns gegen einen Pflichtdienst aus und unterstützen Maßnahmen, die eine Flexibilisierung, attraktivere Gestaltung und stärkere Sichtbarmachung der Dienstes fördern, um allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen Zugang zu solch einem Entwicklungsjahr zu ermöglichen. Zudem plädieren wir für eine

Fortsetzung der Förderung der trägerübergreifenden psychosozialen Beratungsstelle für Freiwilligendienstler*innen der Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste im Land Bremen und unterstützen Ansätze wie das Service-Learning, in denen Schüler*innen bereits in der Schule freiwilliges Engagement integriert in den Unterricht erproben können, um allen Jugendlichen Zugänge ins Engagement zu ermöglichen.

Begründung

Das Thema Freiwilligendienste fehlt leider im bisherigen Entwurf weitestgehend, der Änderungsantrag ist aus einer Rückmeldung der Freiwillien-Agentur entstanden.

Antrag W 19-2 -2: Änderungsantrag zu W 19-2

Laufende Nummer: 522 • Änderungsantrag zu W 19-2

Antragsteller/in:	Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 95 - 97

Die Lehrkräfte sensibilisieren wir für Diskriminierung im Schulalltag. Über Fortbildungen geben wir ihnen das Handwerkszeug an die Hand, um zum Schutz der Opfer intervenieren zu können und die genannten Themengebiete im Unterricht aufgreifen zu können. Ein wichtiger Kooperationspartner hierzu sind die Antidiskriminierungsstellen an den ReBUZ, die auf unsere Initiative hin in der aktuellen Legislaturperiode aufgebaut wurden. Wir unterstützen Netzwerke zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die sich um einen diskriminierungsfreien Schulalltag bemühen. ~~Das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule für Courage“ ist dabei ein wesentlicher und erfolgreicher Akteur. Innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung muss es mit zusätzlichen Personalmitteln abgesichert werden.~~

Begründung

Ersatzlose Streichung, denn das Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule für Courage" ist kein erfolgreiches Projekt. Das Logo macht die Diskriminierung für Betroffene von Rassismus unsichtbar, in dem es eine Schule als vermeintlich frei von Rassismus darstellt.

Antrag W 19-2 -1: Änderungsantrag zu W 19-2

Laufende Nummer: 520 • Änderungsantrag zu W 19-2

Antragsteller/in:	Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 87 - 97

~~Die Lehrkräfte sensibilisieren wir für Diskriminierung im Schulalltag. Über Fortbildungen geben wir ihnen das Handwerkszeug an die Hand, um zum Schutz der Opfer intervenieren zu können und die genannten Themengebiete im Unterricht aufgreifen zu können. Ein wichtiger Kooperationspartner hierzu sind die Antidiskriminierungsstellen an den ReBUZ, die auf unsere Initiative hin in der aktuellen Legislaturperiode aufgebaut wurden. Wir unterstützen Netzwerke zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die sich um einen diskriminierungsfreien Schulalltag bemühen. Das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule für Courage“ ist dabei ein wesentlicher und erfolgreicher Akteur. Innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung muss es mit zusätzlichen Personalmitteln abgesichert werden.~~

Begründung

Ersatzlose Streichung, denn das Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule für Courage" ist kein erfolgreiches Projekt. Das Logo macht die Diskriminierung für Betroffene von Rassismus unsichtbar, in dem es eine Schule als vermeintlich frei von Rassismus darstellt.

Antrag W 30 -2: Änderungsantrag zu W 30

Laufende Nummer: 519 • Änderungsantrag zu W 30

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 45 - 46

In Behörden und Verwaltung braucht es Ansprechpersonen, die für den Umgang mit migrantischen LGBTIQ*-Personen ausgebildet sind. Wir wollen die queer-migrantische Beratung und Selbsthilfe am Rat&Tat-Zentrum dauerhaft finanziell absichern. Wir wollen die Ansprechperson für LGBTIQ* bei der Bremer Polizei langfristig finanziell absichern und fordern die Ausweitung auf eine zweite Stelle. Wir wollen die Schulaufklärung durch das Rat&Tat-Zentrum dauerhaft finanzieren und ~~bei Bedarf~~

ausbauen. Träger der offenen Jugendarbeit sollen bei der Entwicklung von Angeboten zur besseren Sensibilisierung für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt unterstützt werden.

Begründung

richtige Konsequenz aus wachsender queerfeindlicher Gewalt durch Jüngere

Antrag W 30 -1: Änderungsantrag zu W 30

Laufende Nummer: 518 • Änderungsantrag zu W 30

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1

~~30~~17. Queer (Kapitel hinter dem zu Gleichstellung einordnen)

Begründung

inhaltlich absolut sinnvoll, die beiden Bereiche WIEDER hinter einander zu verorten.

Antrag W 20-2 -4: Änderungsantrag zu W 20-2

Laufende Nummer: 517 • Änderungsantrag zu W 20-2

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 46

Das Lehrangebot an den Hochschulen bauen wir gezielt aus. An der Universität schaffen wir zusätzliche Studienplätze im Bereich des Lehramtes, insbesondere für die Inklusive Pädagogik. In Bremen gibt es bisher keinen Lehramtsstudiengang für Philosophie. Diesen wollen wir einrichten. Für den neu einzurichtenden Studiengang

Sport müssen schnellstmöglich neue Sportanlagen hergerichtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Approbationsmaster „Klinische Psychologie und Psychotherapie“ tatsächlich im Wintersemester 2023/24 an den Start gehen kann.

Wir sprechen uns dafür aus, dass Geschlechterforschung in den einzelnen Fachbereichen wieder gestärkt wird oder die Universität Bremen einen Fachbereich "Gender Studies" aufbaut.

Begründung

wurde über die Jahre unverständlicherweise sukzessive abgebaut

Antrag W 17 -1: Änderungsantrag zu W 17

Laufende Nummer: 516 • Änderungsantrag zu W 17

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 19

Ein zentrales Problem ist nach wie vor der exklusive Arbeitsmarkt: Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten bei den Werkstätten weit unterhalb des Mindestlohns, und zwar auch dann, wenn sie wichtige Produkte für große Firmen herstellen. Das wollen wir ändern: Der Mindestlohn muss auch in den Werkstätten für behinderte Menschen gelten.

Wir wollen bestehende Anlaufstellen finanziell absichern, die Menschen mit Behinderungen bei der Integration in würdige Arbeitsverhältnisse unterstützen.

Begründung

abgeleitete Forderung zB aus einem Besuch der Fraktion bei dem Projekt "Arbeit im Fokus" in Gröpeliingen

Antrag W 14 -3: Änderungsantrag zu W 14

Laufende Nummer: 515 • Änderungsantrag zu W 14

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 53 - 55

In der vorangegangenen Legislaturperiode haben wir die Jugendberufsagentur verbessert und den Bereich der Kommunikation durch Social Media -Maßnahmen gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, um die Ausbildungsquote erhöhen und enger mit den außerbetrieblichen Ausbildungsverbünden verzahnen. Wir wollen auch das Projekt „Kompetenzlotsen“, dass in Bremen-Nord junge Menschen auf dem Weg zur Ausbildung unterstützt, dauerhaft absichern.

Begründung

extrem gute Arbeit, speziell für Kids aus der Grohner Düne

Antrag W 11 -2: Änderungsantrag zu W 11

Laufende Nummer: 514 • Änderungsantrag zu W 11

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 30

Das deutsche Strafrecht orientiert sich an den Täter*innen, während die Bedürfnisse der Betroffenen im Strafverfahren nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese einseitige Gewichtung halten wir für problematisch. In Bremen wollen wir deswegen die Betreuung und Beratung für Opfer von Straftaten ausweiten und die psychosoziale Prozessbegleitung insbesondere bei Sexual- und Gewaltdelikten ~~intensivieren.~~ dauerhaft institutionell absichern und bei Bedarf ausweiten.
Bestehende Programme zur Haftvermeidung sollen ausgebaut werden. Das Täter-Opfer-Ausgleichs-Programm muss ausfinanziert und ausgebaut werden.

Begründung

sinnvolle Zuspitzung

Antrag W 9 -9: Änderungsantrag zu W 9

Laufende Nummer: 513 • Änderungsantrag zu W 9

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 155

Die Erinnerung an die nationalsozialistische Herrschaft in Bremen und Bremerhaven ist fragmentiert, wie auch die verschiedensten Orte, die an diese Zeit erinnern. Dazu gehören architektonische Zeugnisse, wie der Lichtbringer am Eingang der Böttcherstraße oder das Ehrenmal auf der Altmannshöhe. Auch diese sollten durch künstlerische Auseinandersetzungen und Überformungen deutlich erkennbar gemacht und architektonisch gebrochen werden. Verschämte Hinweistafeln sind keine ausreichende Form der Auseinandersetzung. Aber auch andere Orte, wie die Ostertorwache oder das Gräberfeld an der Reitbrake sind (Tat)orte der NS-Herrschaft und müssen als solche einer breiten Bevölkerung bekannt gemacht und erklärt werden. Wir setzen uns für die Entwicklung eines Ortes zur Dokumentation der Verfolgung queerer Menschen in der NS-Zeit ein.

Begründung

langjährige Forderung aus der queeren Community, die ich spannend finde

Antrag W 9 -8: Änderungsantrag zu W 9

Laufende Nummer: 512 • Änderungsantrag zu W 9

Antragsteller/in:	Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 215)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 35

Auch die **finanzielle Ausstattung** der Kultur wurde durch unser Mitwirken in den vergangenen vier Jahren erheblich gestärkt. Bisher nur befristet geförderte Projekte konnten in die unbefristete Förderung übernommen werden. Die Temporäre Projektförderung wurde massiv ausgeweitet: Alle Fördertöpfe wurden deutlich erhöht, wie zum Beispiel die Mittel für kulturelle Bildung. Es wurden auch neue Förderprogramme geschaffen: Junge Künstler*innen am Beginn ihres Arbeitslebens und Subkultur haben nun eigene Förderlinien und auch Queerkultur wird mit einem sehr gut

angenommenen Fördertopf eigens
unterstützt.
Mit dem Pop-Office wurde ein neuer Anlaufpunkt für den Bereich der Popularmusik geschaffen, bei dem Musiker*innen Unterstützung für Konzerte, Aufnahmen oder auch Coaching im Umgang mit der Musikindustrie bekommen.

Begründung

Argument für die von uns gewünschte Ausweitung des Fördertopfes (siehe Kapitel Queerpolitik)

Antrag W 13-1 -1: Änderungsantrag zu W 13-1

Laufende Nummer: 511 • Änderungsantrag zu W 13-1

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 36

~~Unser Ziel ist, dass auch für die Mitbürger*innen die ihren Arbeitsplatz verlieren~~
~~oder aus Gründen wie Flucht oder sozialem Hintergrund schlechtere Chancen am~~
~~Arbeitsmarkt haben, die gesellschaftliche~~ Gesellschaftliche Teilhabe muss auch für diejenigen gewährleistet ~~wird~~werden, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder aus Gründen wie Flucht oder sozialem Hintergrund schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Begründung

Eher redaktionell, finde das Wording "Mitbürger*innen" ein wenig schwierig.

Antrag W 16-2 -3: Änderungsantrag zu W 16-2

Laufende Nummer: 510 • Änderungsantrag zu W 16-2

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 93

Zum Schutz von Frauen und queeren Menschen in der Öffentlichkeit setzen wir uns für die verlässliche Finanzierung der Awareness-Arbeit im Viertel, auf dem Freimarkt und darüber hinaus ein.
Auch in Bremerhaven braucht es Strukturen, die hilfesuchenden Personen auf Veranstaltungen und im Nachtleben die Möglichkeit geben, eine Anlaufstelle zu finden,
die unabhängig von der Polizei und anderen staatlichen Institutionen Unterstützung im Fall von Grenzüberschreitung, Diskriminierung und Gewalt da ist.

Begründung

Gab es aktuell Berichterstattung zu, vielleicht gut sich darauf zu beziehen.

Antrag W 14 -2: Änderungsantrag zu W 14

Laufende Nummer: 509 • Änderungsantrag zu W 14

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 40 - 41

Wir wollen die Qualität der Schulbildung kontinuierlich verbessern, aber mit den klassischen Mitteln der Berufsorientierung erreichen wir nicht alle Jugendlichen. Ob noch in oder auch nach der Schule. Wir wollen die sehr erfolgreiche aufsuchende Beratung ausbauen und stärker mit Partner*innen in den ~~communities~~migrantischen und Stadtteil-bezogenen Communities zusammenarbeiten.
Durch die muttersprachliche Ansprache in ~~d~~migrantischen Communities können wir ein zusätzliches Potential an jungen Menschen für die Ausbildung gewinnen und so neue Perspektiven schaffen.

Begründung

"Die communities" ist ziemlich vage formuliert und klingt wie eine Chiffre für etwas, bei dem wir selbst nicht genau wissen was wir meinen. Ich hoffe, das die Präzisierung auch trifft, was wir meinen.

Antrag W 14 -1: Änderungsantrag zu W 14

Laufende Nummer: 508 • Änderungsantrag zu W 14

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 68 - 73

Wir wollen den Frauenanteil in der dualen Ausbildung verbessern. ~~Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass mehr Angebote für Teilzeitausbildung geschaffen werden. Damit können mehr Menschen, die Kindern betreuen oder Angehörige pflegen, für die duale Ausbildung gewonnen werden.~~ Projekte zur Stärkung der geschlechteruntypischen Ausbildung, bestärken junge Menschen eine geschlechteruntypische Ausbildung zu beginnen. Diese Aktivitäten wollen wir ausbauen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass mehr Angebote für Teilzeitausbildungen geschaffen werden. Damit können mehr Menschen (überdurchschnittlich oft Frauen), die Kindern betreuen oder Angehörige pflegen, für die duale Ausbildung gewonnen werden.

Begründung

Die bisherige Stellung der Forderungen suggeriert, dass Frauen allgemein mit den Herausforderungen der Kinderbetreuung kämpfen. Es sind aber nicht alle Frauen auch Mütter, daher schlagen wir vor die Sätze umzudrehen und den "universal" anwendbaren Ansatz voranzustellen. Außerdem präzisieren wir, warum die Kinderbetreuungsforderung den Frauenanteil steigern könnte - vor allem Frauen übernehmen Erziehungs- und Betreuungsverantwortung.

Antrag W 13-2 -2: Änderungsantrag zu W 13-2

Laufende Nummer: 507 • Änderungsantrag zu W 13-2

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 90

Die Menschen wollen zunehmend ein ausgewogenes Verhältnis von Beruf und Familie. Das

geht nur mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und mit Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Wir wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern ein Modellprojekt **4-Tage-Woche** (30h-Woche) in
ausgewählten Betrieben umsetzen und wissenschaftlich evaluieren.

Begründung

Wir fordern an anderer Stelle eine 30h Woche, damit wäre die Forderung auch ganz konkret synchronisiert. Außerdem ist andernfalls nicht klar, ob wir 40h-Vollzeit einfach auf 4 Tage anstatt auf 5 verteilen wollen.

Antrag W 13-2 -1: Änderungsantrag zu W 13-2

Laufende Nummer: 506 • Änderungsantrag zu W 13-2

Antragsteller/in:	Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 706)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 31

Viele Frauen gehen zwar bereits einer Erwerbstätigkeit nach, allerdings häufig zu
reduzierter Arbeitszeit und oftmals in Branchen mit geringerer Entlohnung. ~~Hier~~Wir setzen uns für die Aufwertung vermeintlicher Frauen-Berufe ein. Darüber hinaus gilt
es, das Rollenverständnis zwischen Frauen und Männern in den Fokus zu rücken und die
Rahmenbedingungen zu stärken, die die Aufnahme oder Ausweitung einer
Erwerbstätigkeit
erleichtern. Dazu gehört im Wesentlichen die Sicherstellung einer flexiblen
Kinderbetreuung

Begründung

Das Problem, das viele Frauen in schlecht bezahlten Bereichen arbeiten, muss vor allem strukturell gelöst werden und kann nicht alleine auf die individuelle Ebene geschoben werden.

Antrag W 33 -1: Änderungsantrag zu W 33

Laufende Nummer: 505 • Änderungsantrag zu W 33

Antragsteller/in:	Günter Matthiessen (KV Bremerhaven · Nr. 173)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1

~~**33. Bremerhaven**~~

Bremerhaven: Freie Kommune unter der Herrschaft Bremens

Die Stadtgemeinde Bremerhaven ist die kleinere der beiden Kommunen im Land Bremen. Die kommunalen Angelegenheiten werden von der Stadt geregelt. Zuständig dafür ist der Magistrat, der von der Stadtverordnetenversammlung kontrolliert wird. Zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung gibt es ein eigenes Wahlprogramm.

Es gibt aber einige Probleme, die speziell Bremerhaven betreffen und in der Landeshoheit liegen. Diese werden hier im folgenden angesprochen.

Gesundheitspolitik und Ärzteversorgung in Bremerhaven

In Bremerhaven gibt es derzeit nur ein Krankenhaus in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft: das Klinikum Reinkenheide. Die anderen beiden Krankenhäuser sind 2014 von der AMEOS-Gruppe übernommen worden, die einen Kampf um die lukrativen Versorgungsaufträge führt. Die Existenz und der Ausbau des Klinkums Reinkenheide müssen gesichert werden.

Die LINKE setzt sich für eine ausreichende ärztliche Versorgung von Patient*innen aller Krankenkassen ein. Dem drohenden eklatanten Ärzt*innenmangel muss dringend mit einem Rahmenkonzept zur medizinischen Versorgung entgegengewirkt werden. Dabei muss der tatsächliche Bedarf an Ärzt*innen in Bremerhaven, nicht der theoretische Verteilungsschlüssel der Kassenärztlichen Vereinigung als Grundlage dienen. Weitere Lösungskonzepte wie z.B. die Einführung von Polikliniken müssen endlich ernsthaft geprüft werden.

Hafen

Der Hafen ist eine von Bremerhavens Lebensadern. Der Überseehafen gehört aber nicht zur Kommune Bremerhaven, sondern zur Kommune Bremen und die politischen Entscheidungen werden in der Bremischen Bürgerschaft getroffen. Bremerhaven ist als Hafenstandort insbesondere im Bereich Containerumschlag etabliert. Gleichzeitig stehen die Beschäftigten des Sektors so stark unter Druck wie nie zuvor. Leiharbeit, Minijobs, Flucht in die schlechter bezahlten Logistiktarifverträge und nicht zuletzt die Digitalisierung der Häfen bedrohen Arbeitsplätze und drücken das Lohnniveau.
Die Kajen sind in Bremerhaven generell in einem sehr schlechten Zustand und müssen saniert werden. Einige dieser Kajen gehören dem Land Bremen, das umgehend für eine

Sanierung sorgen muss.

Immer größere Schiffe erfordern, dass diese jederzeit – möglichst Tide-unabhängig – den Hafen erreichen können. Dazu wird gefordert, die Außenweser und auch die Unterweser bis Brake zu vertiefen. Eine Verteifung der Unterweser hat negative Folgen für die Ökologie des Flusses sowie der angrenzenden Ländereien, die Landwirtschaft, den Tourismus, die Sportschifffahrt. Außerdem sind die anliegenden Gebiete – bis nach Bremen – durch den größeren Tidenhub gefährdet. Es gibt keinen wirtschaftlichen Grund, um diese Risiken und Nebenwirkungen zu tolerieren.
Die Folgen einer möglichen Vertiefung der Außenweser sind scheinbar geringer. Die Veränderung der Hydromorphologie kann zu höheren und stärkeren Wellen führen, die sich auch auf die Deichsicherheit auswirken können. Andererseits ist der Nutzen gering, da aufgrund einer Engstelle Gegenverkehr auch bei einer Vertiefung nicht möglich wäre.

6

Eine linke Hafenpolitik sieht eine verstärkte Kooperation der Norddeutschen Häfen vor, bei der gemeinsame Standards im Arbeits- und Umweltsektor vereinbart werden. Insbesondere sind die Möglichkeiten des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven stärker einzubeziehen. Eine Kooperation verbessert die Konkurrenzsituation gegenüber Rotterdam und Antwerpen und vermeidet zusätzliche Umweltprobleme.

Über die Seehäfen werden Rüstungsgüter und große Mengen Munition verschifft, die weltweit eingesetzt werden und Menschenleben kosten. Dieses Geschäft mit dem Tod gehört verboten. Aus Bremen können wir die Bundesregierung nicht davon abhalten, weiterhin Rüstungsgüter in alle Welt zu verkaufen und dabei auch Regime wie Saudi-Arabien zu unterstützen, die brutale Angriffskriege führen. Aber wir können als Drehscheibe dieses Handels der Ausfuhr von Rüstungsgütern einen Riegel vorschieben. Wir fordern, im Hafenbetriebsgesetz den Umschlag von Rüstungsgütern analog zum Verbot des Umschlags von Kernbrennstoffen zu verbieten.

7

- Keine Vertiefung der Unterweser
- Keine Verteifung der Außenweser
- Kooperation der Häfen zum gemeinsamen ökologischen und ökonischen Nutzen
- Gegen Rüstungsexpporte über Bremische Häfen

Förderung der Wirtschaft in Bremerhaven

8

Die Nahrungsmittelindustrie ist einer der beschäftigungsintensivsten Sektoren in Bremerhaven. Nachdem andere Wirtschaftssektoren wie der Werftensektor oder auch der Sektor rund um Erneuerbare Energien größtenteils weggebrochen ist, muss abgesichert werden, dass die Standorte der Nahrungsmittelindustrie in Bremerhaven bestehen bleiben und zukunftsfähig sind. Die enge Verknüpfung mit der Hochschule und eine Begleitung durch die Wirtschaftsförderung muss auch für die Zukunft gewährleistet sein.

Inzwischen ist auch der Tourismus in Bremerhaven wirtschaftlich relevant. Die Kommune Bremerhaven sollte genauso von Landes-Förderprogrammen profitieren wie die Kommune

Bremen.

9

Bildung und Forschung

Bremerhaven ist ein moderner Wissenschaftsstandort und hat großes Potential. Ein Ausbau der Hochschule ist damit nicht nur eine sinnvolle Arbeitsmarktmaßnahme, sondern vor allem eine Chance die Stadt für mehr junge Menschen attraktiv zu machen und ihnen einen Studienplatz zu ermöglichen. Auch der Ausbau und die intensivere Vernetzung des Alfred-Wegner-Instituts, des Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme und anderer Forschungsinstitute mit der Hochschule muss politisch weiter gefördert werden.

10

Bremische Ämter in Bremerhaven

Das Gewerbeaufsichts-Amt und das Eichamt haben in Bremerhaven Zweigstellen, die derzeit stark unterbesetzt sind. Zum Teil mussten Taxi-Fahrer nach Bremen fahren, um ihre Taxameter eichen zu lassen. Nach dem Arbeitsschutzgesetz sind mindestens 5 Prozent der Betriebe zu kontrollieren, was wegen der Unterbesetzung nicht durchgeführt wird.

11

In jedem Fall ist sicher zu stellen, dass diese Ämter am Standort Bremerhaven erhalten bleiben.

Des weiteren ist das Landgericht, Abteilung Bremerhaven, unterbesetzt. Verfahren müssen dann in Bremen verhandelt werden. Dieses hat in der Vergangenheit zu Verjährungen geführt.

12

Um die notwendigen Aufgaben im Sinne der Bremerhavener*innen immer gut und zeitnah erfüllen zu können, ist eine Aufstockung der Ämter mit Personal notwendig.

Mülldeponie Grauer Wall

13

Die Erweiterung der Deponie Grauer Wall ist von der Umweltbehörde in Bremen genehmigt worden, ohne die Deponieverordnung von 2009 ausreichend zu beachten. Der Schutz der Bevölkerung ist nicht hinreichend berücksichtigt worden. Die herrschende Politik in Bremerhaven hat sich entschieden, gegen alle Sicherheitsbedenken in Bezug auf Grundwasser, Staubbelastung der Anwohner und des Gesundheitsparks sowie die Bedrohung durch den Meeresspiegelanstieg an einem weiteren Betrieb der Deponie als Sondermülldeponie festzuhalten. Die Schadstoffdurchbrüche ins Grundwasser und in die Neue Aue und die mangelhaften Kontrollen müssen ernsthaft untersucht werden. Da eine Aufstockung nicht zu verantworten ist, sind Planungen für einen Ersatz der Deponie aufzunehmen. Die Deponie ist keinesfalls geeignet als Ersatz für die Bremer Müll-Deponie. Im Gegenteil: die Aufnahme von auswärtigem Müll muss unbedingt eingeschränkt werden.

Magistratsreform

14

Die Magistratsverfassung hat in der Vergangenheit immer zu Problemen geführt. Es gibt daher Bestrebungen, diese zu ändern. Dabei schwebt einigen Personen der derzeitig herrschenden Koalition aus SPD, CDU und FDP vor, dass die hauptamtlichen Dezernenten zu politischen Beamten werden – quasi wie Landesminister. Dieses Modell ist aber nicht für eine Kommune geeignet.

Wir sind auch für die Änderung der Magistrats-Strukturen. Eine Abschaffung der ehrenamtlichen Dezernenten ist überlegenswert. Die hauptamtlichen Dezernenten sollten aber nach fachlicher Qualifikation ausgewählt werden und nicht nach Koalitionsproporz. Des weiteren fordern wir die Direktwahl des Oberbürgermeisters. Dieses ist Standard in allen Städten Deutschlands, (abgesehen von den drei Städten Berlin, Hamburg und Bremen, wo der Bürgermeister gleichzeitig Ministerpräsident des entsprechenden Bundeslandes ist). Dieses stärkt die Beteiligungsrechte der Bürger*innen und es gibt keinen Grund für die Sonderrolle Bremerhavens.

Die Bremische Bürgerschaft hat darauf zu achten, dass Änderungen der Beamtengesetze nicht zu einer Verfassung führen, die die Beteiligungsrechte der Bürger*innen und der Stadtverordnetenversammlung einschränkt.

Begründung

Ausformulierung des Kapitels in Absprache von Kreisvorstand und Stadtverordnetenversammlung.

Antrag W 5-3 -4: Änderungsantrag zu W 5-3

Laufende Nummer: 504 • Änderungsantrag zu W 5-3

Antragsteller/in:	Günter Matthiessen (KV Bremerhaven · Nr. 173)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 87 - 89

Wir wollen einen weiteren Ausbau öffentlicher E-Bike und E-Auto Ladestationen. Die öffentliche Automobilflotte Bremens soll bis 2030 voll batterieelektrisch sein. Wir wollen Dienstfahrräder statt Dienstwagen fördern. Der Neuzulassungsstopp von nicht klimaneutralen PKW in der EU ab 2035 ist zu unterstützen. Die Förderung von Hybridfahrzeugen ist abzuschaffen. ~~Wir lehnen zudem die Förderung von E-Fuel- und wasserstoffbetriebenen PKW aufgrund von zu geringer Energieeffizienz und Energieunabhängigkeit ab.~~

Begründung

Wenn ein Energieträger für Fahrzeuge von der Produktion bis zum Verbrauch klima-, umwelt- und sozialrelevante Auflagen erfüllt, sehe ich keinen Grund solche Fahrzeuge nicht zu fördern. Außerdem ist es bis zur Abschaffung von Fahrzeugen, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, noch lange hin. Heute kann noch kein Mensch sagen, wo der Stand von Forschung und Entwicklung in 10 Jahren steht. Bei der erwähnten Energieeffizienz von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen hinkt der Antrag bereits dem Stand der Technik hinterher. Seit August 2022 ist ein Verfahren mit 95% bis 98% Energieeffizienz zur Herstellung von Wasserstoff bekannt (vgl. https://www.nature.com/articles/s41467-022-28953-x). Eine voreilige, nicht zwingend erforderliche Ablehnung der Förderung von E-Fuels und wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen führt möglicherweise zu späteren Nachteilen im internationalen Wettbewerb.
Bernd Rickert

Antrag W 5-3 -3: Änderungsantrag zu W 5-3

Laufende Nummer: 503 • Änderungsantrag zu W 5-3

Antragsteller/in:	Günter Matthiessen (KV Bremerhaven · Nr. 173)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 87

83 Wir wollen einen weiteren Ausbau öffentlicher E-Bike und E-Auto Ladestationen. Die
84 öffentliche Automobilflotte Bremens soll bis 2030 voll batterieelektrisch sein. Wir
85 wollen Dienstfahrräder statt Dienstwagen fördern. Der Neuzulassungsstopp von nicht
86 klimaneutralen PKW in der EU ab 2035 ist zu unterstützen. Die Förderung von
87 Hybridfahrzeugen in Kombination mit fossilen Energieträgern ist abzuschaffen. Wir lehnen zudem die Förderung von E-Fuel- und
88 wasserstoffbetriebenen PKW aufgrund von zu geringer Energieeffizienz und
89 Energieunabhängigkeit ab.

Begründung

Der Begriff Hybridfahrzeuge wird derzeit oftmals verwendet für Fahrzeuge, die mit einer Kombination aus fossilen Energieträgern und elektrischen Akkus betrieben werden. Unter den Begriff Hybridfahrzeuge fallen aber sämtliche Fahrzeuge, die mit mehr als einem Energieträger betrieben werden.
Bernd Rickert

Antrag W 6-1 -11: Änderungsantrag zu W 6-1

Laufende Nummer: 502 • Änderungsantrag zu W 6-1

Antragsteller/in:	Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 77

Auf Bundesebene fordern wir die Abschaffung des § 218, um Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich zu legalisieren und eine eindeutig juristisch straffreie Situation für die durchführenden Ärzt*innen zu schaffen.Wir wollen eine entsprechende Bundesratsinitiative einbringen, um auf Bundesebene dahingehend Druck auszuüben.

Begründung

Um die Versorgungslage on ungewollt Schwangeren langfristig zu verbessern braucht es eine Legalisierung. Zwar ist die Abschaffung von §219a schon ein politischer Erfolg, doch lange noch nicht Ausreichend.

Es braucht politischen Druck, für die Abschaffung von §218 - den wollen wir mit Hilfe von einer Bundesratsinitiative verstärken.

Antrag W 6-1 -10: Änderungsantrag zu W 6-1

Laufende Nummer: 501 • Änderungsantrag zu W 6-1

Antragsteller/in:	Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 74

Medikamentöse Abbrüche werden nur selten durchgeführt und aktuell lediglich in 3 Praxen sowie durch ProFamilia in Bremen angeboten. ~~Wir fordern eine Ausweitung des Angebots und eine entsprechende Vergütung für die Praxen.~~

Wir wollen uns für eine Ausweitung des Angebots einsetzen, indem eine Pauschale über die Gebührenordnungspositionen eingeführt wird und damit eine angemessene und bürokratieärmere Abrechnung für Ärzt:innen möglich ist. Dies ist bereits in 9 Bundesländern gängige Praxis.

Um Ärzt*innen dabei zu unterstützen, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten, wollen wir

80 außerdem ein bei der Gesundheitsbehörde angesiedeltes Beratungsangebot für rechtlichen Fragen von Ärzt*innen, sowie ein Investitionsförderungsprogramm aufsetzen, mit dem dieAusstattung von OP-Sälen in gynäkologischen Praxen unterstützt wird.

Begründung

Wir wollen, dass mehr Gynäkolog*innen Schwangerschaftsabbrüche durchführen und so Pro Familia und die kliniken entlastet werden, aber es soll auch den Schwangeren zu gute kommen, denn in der Regel ist ein Abbruch bei einer bekannten Praxis eine geringere Belastung als das Aufsuchen einer Klinik.

Viele Praxen nehmen aus Sorge vor rechtlichen Problemen keine Abbrüche vor, weshalb eine rechtliche Beratung, die auf §218 spezialisiert ist, nötig ist. Außerdem ist die Abrechnung von Schwangerschaftsabbrüchen oft zu aufwendig und nicht lukrativ. Deshalb sollte das Land in Absprache mit der Landesvertretung der GKV dafür sogenannte GOP (Vergütungsformen für spezifische Behandlungen in der ambulanten Versorgung) vereinbaren. Die werden dann anders als regulär vergütet (regulär läuft es über den einheitlichen Bewertungsmaßstab- EBM) Besonders bei Abbrüchen hat das Land da eine gute Verhandlungsposition, da es einen großen Teil der Kosten übernimmt. Ärzt:innen können dann entscheiden ob sie via EBM oder GOP Abrechnen - die Erfahrung ist, das die gop bei Schwangerschaftsabbrüchen deutlich beliebter sind.

Auch operative Schwangerschaftsabbrüche können in den Praxen von Ärzt*innen durchgeführt werden. Dafür - wie auch für einige andere gynäkologische Eingriffe - braucht es einen OP-Saal, wobei diese Investitionen oft nicht von den Praxen geleistet werden können. Um einzelne Praxen zu unterstützen wollen wir deshalb ein Investitionsförderungsprogramm aufsetzen.

Antrag W 6-1 -8: Änderungsantrag zu W 6-1

Laufende Nummer: 500 • Änderungsantrag zu W 6-1

Antragsteller/in:	Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69 - 71

66 Die Bremer Krankenhäuser übernehmen nur einen geringen Anteil an
67 Schwangerschaftsabbrüchen. Aktuell gibt es zu wenig Ärzt*innen, welche
68 Schwangerschaftsabbrüche anbieten und durchführen. Wir wollen daher vermehrt
69 Schulungen/Weiterbildungen zu sowohl medikamentösen als auch operativenSchwangerschaftsabbrüchen und zum sensiblen Umgang mit

den Frauen für Ärzt*innen anbieten und setzen uns dafür ein, dass
Schwangerschaftsabbruch Teil der allgemeinen Mediziner*innen-Ausbildung ist. und die Weiterbildungsordnung der Frauenheilkunde und Geburtshilfe dahingehend erweitert wird.

Begründung

Gynäkolog*innen sollten ermutigt werden medikamentöse Abbrüche durchzuführen, denn sie haben in die Möglichkeiten und brauchen in der regel nur das Wissen dazu, das sollte sich auch in der Weiterbildungsordnung abbilden, bisher ist das noch nicht der Fall.

Antrag W 6-1 -9: Änderungsantrag zu W 6-1

Laufende Nummer: 499 • Änderungsantrag zu W 6-1

Antragsteller/in:	Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 65

Die Lage für Frauen in Bremen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen (wollen), ist besorgniserregend. Oft müssen die Frauen lange Wartezeiten hinnehmen oder in andere (Bundes-)länder ausweichen, um einen Abbruch vornehmen zu lassen. Dies ist nicht hinnehmbar. Das Land Bremen muss eine Beratung zu und die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen sicherstellen. Dafür wollen wir zukünftig mit allen uns verfügbaren Möglichkeiten sorgen und auch rechtlich prüfen, wie die bestehende Unterversorgung beseitigt werden kann. Den Sicherstellungsauftrag des Landes für ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch wollen wir in einem Sicherstellungsgesetz konkretisieren und umsetzen.Zentraler Bestandteil dabei in Bremen ist ProFamilia, welche mit etwa 85% den Großteil der in Bremen durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ihre Arbeit gilt es mit einer ausreichenden finanziellen Unterstützung durch das Land auch weiter sicherzustellen.

Begründung

Pro Familia und seine medizinischen Zentren sind grade aktuell unersetzlich für die Versorgung in Bremen und braucht einen langfristige Unterstützung und Finanzierung.

Antrag W 2-3 -13: Änderungsantrag zu W 2-3

Laufende Nummer: 521 • Änderungsantrag zu W 2-3

Antragsteller/in:	Mara Sterra (KV Mitte-Ost · Nr. 310)
Status:	angenommen

Zeile 37

Besondere Herausforderungen meistern die rund 17.000 Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren. Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil (zu 90 % Frauen) sind besonders oft im Sozialleistungsbezug, auch weil Erwerbstätigkeit und Kindererziehung oft viel zu schlecht vereinbar sind.

Begründung

Das 90% der Alleinerziehenden Frauen sind, ist kein Zufall, sondern Produkt patriarchaler Geschlechterungerechtigkeit. In einem Absatz über Alleinerziehende muss das erwähnt werden.